

Die verflixte dritte Amtszeit

RATHAUS OB Andreas Starke (SPD) bläst der Wind ins Gesicht. Das Stadtoberhaupt sieht sich Vorwürfen wegen Datenmissbrauchs ausgesetzt und muss sich mit einem widerspenstigen Personalrat herumschlagen. Nun drohen Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MICHAEL WEHNER

Bamberg – Es ist die dritte Amtszeit für OB Andreas Starke (SPD). Doch ein gemütlicher Spaziergang scheint sie nicht zu werden. Nach dem Orkan in Form einer Virus-Pandemie muss sich das Stadtoberhaupt nun selbst gemachter Verwirrungen erwehren. Von den Grünen bis zur Moschee reicht das Spektrum der Ärgertemen. Immer wieder müssen sich auch Justizbehörden mit dem Rathaus in Bamberg beschäftigen. Rückenwind fühlt sich anders an.

1. Personalpolitik oder Postengeschacher? Die Nicht-Ausschreibung zweier neu geschaffener Referentenposten für Kultur und Schule sowie die geplante Ad-Hoc-Besetzung der Leitung des Personalamts hat Starke dem Protest der CSU und anderer zum Trotz mit Hilfe der Grünen durchgesetzt. Um ein Nachspiel kommt der OB dennoch nicht herum. Denn nun erhebt auch der Personalrat der Stadt gegen das Verfahren Einspruch und verlangt, wenigstens eine interne Ausschreibung vorzunehmen. Zwingen kann die Mitarbeitervertretung ihren Chef freilich nicht. In bayerischen Kommunen gilt anders als im Freistaat keine Ausschreibungspflicht. Und was machen die sonst gerne als prinzipientreu beschriebenen Grünen? Sie haben dem umstrittenen Personalpaket zugestimmt, sehen es aber als Erfolg an, dass wenigstens eine Spitzenposition der engeren Verwaltung nicht per Zuzug besetzt wird – die Leitung des Amts für Bürgerbeteiligung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Glaubt man den am Donnerstag veröffentlichten Ausschreibungsunterlagen, wird eine Person gesucht, die Erfahrung mit Krisenmanagement und Bürgerbeteiligung mitbringt.

2. Wie sicher ist Rot-Grün? Zwei Monate lang haben die Verhandlungen zur Fraktionsbildung gedauert – eine

„Wir haben dabei deutlich gemacht, dass wir eine mindestens interne Ausschreibung der Posten wünschen.“

FRANZ EIBL
Personalrat

schwere Geburt. Die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen scheint auf den ersten Blick zu funktionieren. Vor Überraschungen ist der OB dennoch nicht gefeit, wie sich jetzt zeigte. Im Konversionsrat stellten die Grünen spontan auf stur und ließen Starke mit seinen über Nacht fertig gewordenen Moschee-Plänen für die Bamberger „Muna“ auflaufen. Starke Vorwürfe, der sich den Bewohnern von Bamberg Nord verpflichtet fühlt, ließ Grünesprecherin Ursula Sowa unbeeindruckt an sich abperlen: Die Grünen schickten den OB, wie sie am Tag danach formulierte, „zurück auf Los“.

Dieser Spruch könnte auch für die Fraktionsbildung noch einmal Gültigkeit erlangen. Denn Norbert Tscherner vom Bürger-Block kündigte an, gegen die Zulassung der diversen neuen Zweckbündnisse im Rathaus durch die Regierung von Oberfranken klagen zu wollen. Doch auch er selbst hat von einem Wechsel profitiert: Hans-Jürgen Eichfelder (früher BA) verstärkt nun bekanntlich den Bürger-Block.

3. Gilt Datenschutz auch im Wahlkampf? Es war eine Materialschlacht ohne Gleichen, die sich 14 Gruppierungen und eine kaum überschaubare Schar von OB-Kandidaten im Wahlkampf 2020 lieferten. Das mit allem Mitteln ausgefochtene Tauziehen holt den OB nun doch noch ein: Als Chef der Verwaltung muss er der Staatsanwaltschaft Coburg erklären, weshalb das Wahlamt ausgerechnet der



Kein Mangel an Ärgertemen: OB Andreas Starke (63)

Foto: Ronald Rinkler

Bamberger SPD die nationale Herkunft tausender Mitbürger preisgab, obwohl das Bundesmeldegesetz dies verbietet. Starke hatte das Wahlschreiben für die ausländischen Mitbürger auch noch eigenhändig unterschrieben. War es nur ein Fehler oder doch vielleicht mehr? Noch sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Coburg nicht abgeschlossen. Zum Tatbestand hat sich der Landesdatenschutzbeauftragte Thomas Petri bereits geäußert. Demnach war das Verhalten der Bamberger Behörde widerrechtlich.

4. Öffnet sich ein neues Millionengrab? Es ist nicht so, dass die Stadt arm an Auseinandersetzungen vor den Schranken des Gerichts wäre. Auch teure Schadensersatzklagen sind keine Ausnahme, wie der Fall des früheren Konzerthallenwirts Warmuth (2,7 Millionen Euro Kosten) unter OB Lauer oder der Bau der Löwenbrücke zeigten, der für die Stadt mit einer schmerzhaften Nachzahlung von zwei Millionen Euro endete. 2020 droht Ungemach von einem Prozessgegner, mit dem auch nicht gut Kirschen

essen ist – dem Unternehmer Horst-Peter Müller. Müller, der vor etwa fünf Jahren das so genannte Herold-Haus im Hain für eine Hotelnutzung erwarb, hat die erste Hürde im Clinch mit der Stadt beim Verwaltungsgericht Bayreuth bereits genommen. Die Stadt legt nun ihrerseits Rechtsmittel „gegen die Nichtzulassung der Berufung“ ein. Schon heute steht aber fest: Sollte die Stadt bei Müllers Bauantrag einen Fehler gemacht haben, wird es teuer: Der verhinderte Bauherr macht entgangene Millioneinnahmen geltend.

ANZEIGE

Haustüren

Hier beginnt Ihr Zuhause!




Haustüren der neuesten Generation

- große Designauswahl
- modernste Technologie
- beste Wärmedämmwerte
- hochwertige Materialien
- höchste Stabilität und Farbbeständigkeit
- optimaler Einbruchschutz

denzlein

Erlersgarten 3 | 96129 Mistendorf | Tel. (09505) 92 22-0 | www.denzlein.com
 Kunststoff-Fenster | Kunststoff-Aluminium-Fenster | Aluminium-Fenster | Haustüren | Wintergärten | Terrassendächer

Bessern sollten sie sich allesamt